

Simburger Anzeiger

Engleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Simburg und für die in der neutralen Zone liegenden, von ihren Kreishauptstädten abgeschnittenen Ortschaften der Kreise Unterlahn, Unterannus, Rheingau und St. Goarshausen.

Gefchewungsweise: täglich (nur werktags).
Bezugspreis: vierteljährlich 4.95 RM, ohne Postgebühren.
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24916 Frankfurt a. M.

(Simburger Zeitung) Begr. 1838 (Simburger Tageblatt)
Verantwortlicher Redakteur Hans Antbes,
Druck und Verlag der Firma Schindler Verlag und Buchdruckerei
in Simburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die 6gespaltene 3-Millimeterzeile oder deren
Raum 30 Pfg. Die 101 mm breite Reklamezeile 90 Pfg.
Anzeigenannahme bis 4 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 21

Simburg, Donnerstag den 29. Januar 1920

83. Jahrgang

Bergleute und Eisenbahner.

In diesen Tagen haben die großen Bergarbeiterverbände im Ruhrrevier ihre Tagungen abgehalten und zwar der alte Bergarbeiterverband in Bochum und die Christlichen Bergleute in Gelsenkirchen. Die Hauptfrage, die zur Erörterung stand, war die Einführung der Sechsstundenschicht. Kommunisten und Unabhängige hatten das Ihre getan, um diese Forderung durchzubringen, obwohl auch sie wissen mußten, daß damit eine Katastrophe für das deutsche Wirtschaftsleben unabwendbar sei. Gegen die Verwirklichung der Sechsstundenschicht wurde und konnte wohl auch auf den Bergarbeitertagungen nichts gesagt werden, denn darüber herrscht Uebereinstimmung, daß eine größere Schicht als sechs Stunden unter den heutigen Verhältnissen den Arbeitern nicht zugemutet werden kann, und die Bergleute gaben denn auch einstimmig ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß sie auf der Sechsstundenschicht beharren. Was gegen die Einführung dieser Schicht gesagt werden konnte, ist das, daß zurzeit eine solche Einführung nicht möglich ist, und die Begründung dafür wurde den Bergarbeitern mit aller Deutlichkeit gegeben. Es bestand von vornherein der Eindruck, besonders auf der Tagung des alten Bergarbeiterverbandes, als ob trotz dieser gewichtigen Gründe die Bergarbeiter auf der sofortigen Einführung der Sechsstundenschicht bestehen wollten. Nun hat sich aber doch ergeben, daß die Mehrheit der Bergarbeiter wohl auf der Sechsstundenschicht besteht, daß sie die Regierung auffordert, auf internationalem Wege die Sechsstundenschicht einzuführen, daß sie aber bereit sind, wenn sie eine bessere Bezahlung erhalten, an der Sechsstundenschicht festzuhalten. Lediglich der Korreferent Rosenmann wollte sich durch die Gründe nicht überzeugen lassen. Er hielt mit einer kleinen Schar Getreuer an der unbedingt sofortigen Einführung der Sechsstundenschicht fest und wies darauf hin, daß die Kohlenförderung durch die Sabotage von oben, durch die fehlende Elektrizität und durch die fehlenden Lokomotiven behindert würde. Der Redner bedachte dabei nicht, daß die fehlenden Lokomotiven und die fehlende Elektrizität hauptsächlich wiederum durch den Kohlenmangel begründet sind. Er wies aber auch, ohne es zu wollen, dabei auf das zweite Kapitel hin, das uns heute überaus hart interessiert, auf die Reparaturwerkstätten. Die preussische Regierung hat sich nunmehr entschließen müssen, zwölf dieser Werkstätten zu schließen, weil ungeheure Zuschüsse geleistet werden mußten, die Arbeit aber so minimal war, daß der Staat vor den Steuerzahlern weitere Zuschüsse nicht mehr verantworten konnte, wurde doch in einzelnen Werkstätten nur noch ein Achtel der Friedensarbeit geleistet. Von amtlicher Stelle ist darauf hingewiesen worden, daß die Eisenbahnarbeiter die acht Stunden in der Werkstatt nur noch als Erholungsstunden gebrauchen, um in der übrigen Zeit den Arbeitern unläutere Konkurrenz zu machen. Mit solchen Zuständen mußte ausgeräumt werden. Nunmehr wird das Affordsystem in Verbindung mit dem Prämiensystem in den Eisenbahnwerkstätten eingeführt. Jetzt, wo man die Türen der Werkstätten geschlossen hat, werden doch die Stimmen der vernünftigen Arbeiter laut, die über den Terrorismus, besonders der jüngeren Elemente, jammern, durch den sie an der Arbeit gehindert werden. Diese Klagen kommen nun zu spät. Die Arbeiter hätten Gelegenheit gehabt, sich früher über den Terror zu beklagen, die Behörden hätten dann Maßnahmen gefunden, um ihn, der uns ins Verderben führt, zu beseitigen.

Haben wir 1920 Brot genug?

Auf Grund sehr lebhaft vorgetragener Klagen und Mahnungen großer Kommunen, wie z. B. Berlins, ist in der letzten Zeit die ernste Frage zur Diskussion gekommen, wie es mit der Broterzeugung in diesem Jahre, vor allem aber bis zur nächsten Ernte sei? Die Reichsgetreidekasse hat demgegenüber in verschiedenen Erklärungen die Lage dahin gekennzeichnet, daß die Versorgung mit Brotgetreide in diesem Jahre in noch erhöhtem Maße als je zuvor eine Kohlen- und Transportfrage sei. Die alarmierenden Gerüchte von alzu geringen Lagerbeständen seien übertrieben und im übrigen ist ja auf diesem Gebiete wie auch sonst in vieler Beziehung die Tatsache bekannt und in jeglichen Zeitläuften beinahe auch natürlich, daß wir hinsichtlich der Brotgetreideversorgung im wahren Sinne des Wortes „von der Hand in den Mund leben“. Wir kennen auch schon längst die Klagen der Landwirtschaft über ungenügende Betriebsstoffe und andere Schwierigkeiten, so daß es uns nicht besonders wunder genommen hat, daß sie auch in den letzten Wochen gleichsam als Echo der städtischen Klagen wieder stärker zu Gehör kamen. Nun liegt aber als unbestreitbare Tatsache die amtliche Verfügung vor, die die Ausmahlung des Brotmehls von 84 auf 90 Prozent heraufsetzt. Diese Ausmahlung erreicht die frühere Höhe von 95 bis 96 Prozent nicht, und das Mehl, welches vom 1. Februar ab geliefert wird, dürfte also hoffentlich besser sein, als das Mehl bei der früheren Ausmahlung. Man darf wohl auch sagen, daß die Öffentlichkeit die erwähnte Verfügung mit der Befriedigung aufgenommen hat, die uns durch die verflochtenen sechs Jahre mit ziemlich drastischen Mitteln anerkennen wurde, und da man ja annimmt, daß die Behörden in der langen Zeit der Zwangswirtschaft allmählich die genügenden praktischen Erfahrungen gesammelt haben, wird man auch geneigt sein, ihrer Berücksichtigung Glauben zu schenken, daß ernsthafte Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Ernährung mit Brot für die nächste Zeit nicht zu befürchten seien, und daß bis auf weiteres auch ein Entschluß, neben der erhöhten Ausmahlung eine Verminderung der Brotration durchzuführen, nicht gefaßt werden soll. Regierungsseitig ist nun der Plan in Ausführung, eine größere Druckschaltung zu initiieren. Einer ganzen Reihe von an sich lieferungsbereiten Kommunalverbänden hat im gegebenen

Augenblick die Rohle gefehlt, um die landwirtschaftlichen Maschinen mit Elektrizität zu versorgen. Diesem ernstlichen Mangel soll durch eine größere Anlieferung von Rohlen, die zum Teil schon auf der Eisenbahn rollen, behoben werden, und als unmittelbare Folge davon wie von der Druckschaltung, hofft man eine Vermehrung der Anlieferungen von Brotgetreide. Nebenbei sind die Verhandlungen des Ministeriums mit der Landwirtschaft entgegen anderslautenden Pressemeldungen, von ihrem angeblichen Abbruch weiter im Gange, und die Regierung gedenkt im Februar — also noch rechtzeitig für die Frühjahrsbefellung — mit den neuen Bestimmungen herauszukommen. Alles ins allem ist also zu sagen, daß die Verhältnisse eine zwar nicht leichte, aber in absehbarer Zeit doch zu erleichternde Situation vor sich haben und daß sie sicher zu sein glauben, ohne alzu große Zuspitzungen in die neue Ernte hinein zu kommen.

Erzberger.

Berlin, 27. Jan. (Wolff.) Erzberger hat die Nacht verhältnismäßig ruhig verbracht. Die Wunde verursacht große Schmerzen und verhindert jede Bewegung des Armes, umso mehr, als sich eine Bluterguss gebildet hat. Die Röntgenaufnahme kann erst heute erfolgen.

Im Anschluß an das Verhör d. s. verhafteten Oltwig von Strichfeld auf dem Polizeipräsidium, erfolgte sofort eine eingehende Vernehmung durch den Staatsanwalt. In dieser Vernehmung wiederholte der Täter im wesentlichen dieselben Angaben, die er vorher gemacht hat. Heute vormittag wurde er dem Untersuchungsrichter in Moabit zugeführt. Der Prozeß Erzberger-Hellferich wurde bis Freitag vormittag vertagt.

Berlin, 27. Januar. (W.B.) Die Röntgenuntersuchung der Schulterverletzung Erzbergers, die unter Hinzuziehung des Professors Hildebrandt durch den Hausarzt Professor Dr. Bleich vorgenommen wurde, ergab folgenden Befund: Die Kugel, die Teile des Schulterblattes zerstückelte, liegt dort fest. Da größere Blutungen eingetreten sind, und die Wunde äußerst schmerzhaft ist, ist es zurzeit nicht möglich, das Geschloß zu entfernen. Erzberger ist zurzeit fieberfrei, doch leidet er an großer Schwäche. (Pulszahl 140).

Berlin, 27. Jan. (W.B.) Zu dem Wundanschlag auf Erzberger teilt der Erste Staatsanwalt mit: Nachdem ich gestern den Täter persönlich im Polizeigefängnis vernommen habe, gingen mir heute die Akten zu. Gleichzeitig wurde der Beschuldigte ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Ich habe gegen den Beschuldigten die gerichtliche Voruntersuchung wegen Mordversuchs beantragt.

Berlin, 27. Jan. (W.B.) Nach einer Untersuchung wurde Erzberger wieder nach seiner Wohnung gebracht. Die Ärzte haben unbedingte Ruhe geboten. Der Minister erlegt nur die dringendsten Staatsgeschäfte.

Eine Verschlimmerung.

Berlin, 27. Jan. In dem Befinden Erzbergers ist heutens eine wesentliche Verschlimmerung eingetreten. Er wurde vormittags von einer Herzschwäche befallen, die zu einem Ohnmachtsanfall führte. Bei der ärztlichen Untersuchung wurden dann auch noch bisher unbekannt gebliebene Einzelheiten über die beiden Schüsse festgestellt: Während die erste Kugel des Attentäters bekanntlich an der Wefelke des Ministers abprallte, die Kleidung durchlöchernd und später im Westenfutter gefunden wurde, trug Erzberger durch einen weiteren Schuß eine leichte Verletzung der Kopfhaut davon. Wertwärtigerweise war der Hut des Ministers mehrfach durchlöchert. Die Ermittlungen haben nun ergeben, daß der zweite Schuß, der auf den Kopf des Ministers gerichtet war, die dicke Fensterhebe des Autos durchschlug und den Schädel Erzbergers gestreift hatte; die Glassplitter der Fensterhebe haben dann den Hut durchlöchert. Hätte der Minister nach dem ersten Schuß sich nicht unwillkürlich nach vorn gebeugt, so hätte die zweite Kugel tödlich sein müssen. Heute nachmittag war das Befinden des Verletzten unverändert. Es hat sich leichtes Fieber eingestellt; der Puls ist ziemlich hoch, die große Schwäche hält an.

Vom Prozeß Hellferich-Erzberger.

Berlin, 27. Jan. (W.B.) In der heutigen Sitzung wurde beschlossen, die Verhandlungen auf Freitag vormittag zu vertagen. Es soll dann der Fall der „Oltropa“ verhandelt und dazu Jugen geladen werden. Der Vorsitzende machte bekannt, daß er nach dem gestrigen Vorfall strenge Maßnahmen über die Zulassen zum Zuschauertrium treffen wird. Alle Besucher sollen auf Waffen untersucht werden.

Ein Umschwung in der Haltung der Entente gegen Deutschland?

Zürich, 27. Jan. Nach einem Londoner Telegramm der „Neuen Zürcher Zeitung“ erklärt die „Westminster Gazette“, Lloyd George sei mit einer neuen Orientierung aus Paris zurückgekommen. Er sei sich darüber im Klaren, daß die Strafbestimmungen des Friedensvertrages unbeachtet bleiben müßten, und sei überzeugt, daß Mitteleuropa den freien Handel wieder geöffnet bekommen müsse. Er sehe in, daß dies nur möglich sei, wenn der Kredit Deutschlands wieder hergestellt werde. Der erste Schritt werde vielleicht eine große Anleihe an Deutschland sein. Die „Westminster Gazette“ meint, daß diese Neuorientierung auch Änderungen an den Bestimmungen über die Wiedergutmachung nach sich ziehen könne.

Die Beratung der Ernährungswirtschaft.

Berlin, 27. Jan. Landwirtschaftsminister Braun erweiterte in fast zweistündiger Rede eine Art Programm. Man dürfe nicht vergessen, daß durch den Krieg viele Millionen der tatkräftigsten Menschen der Produktion entzogen worden seien. In Jahrzehnten werde die dadurch verursachte Verarmung nicht wieder wett gemacht werden können, und vorläufig hieße es für jeden Deutschen, sein ganzes Leben auf eine neue Basis zu stellen. Für sein Papiergeld erhalte Deutschland im Auslande nichts mehr. Es sei in der Hauptsache auf seine eigene Produktion angewiesen. Die Landwirtschaft jeht zu sozialisierten, sei natürlich ein Umling. Jetzt heiße es: Nicht experimentieren, sondern produzieren! Minister Braun erkennt an, daß die Zwangswirtschaft die im Kriege selbstverständlich notwendig gewesen sei, unter den jetzigen Verhältnissen die Produktion stark beeinträchtigt, und daß man, wenn man wieder zu einer normalen Wirtschaft kommen wolle, zu irgend einer Zeit einmal den Anfang mit einem Abbau der Zwangswirtschaft machen müsse. Allerdings hält er den gegenwärtigen Zeitpunkt mitten im Verbrauchsjahr nicht für geeignet zu einem solchen Versuch. Wenn auch die Behauptung des Landwirtschaftsministers, daß bei den Landwirten noch mehr als die Hälfte des Getreides im Stroh liege und wegen Mangels an Rohlen nicht ausgedroschen werden könne, etwas übertrieben sein dürfte, so kann man seine Ueberzeugung nur teilen, daß die immer neuen Arbeiterausstände — der Minister erinnert vor allem an die Streiks in den großen Städtewerken bei Merseburg — auch für die landwirtschaftliche Produktion im höchsten Grade verhängnisvoll wirken. Zu den vorliegenden Anträgen übergehend, empfahl der Minister, zunächst einmal die Zwangswirtschaft für den Jänner aufzuheben, der 1921 zum Verbrauch komme, warnte aber davor, sich auf den Preis heute schon festzulegen. Im Falle einer wahnsinnigen Preistreiberie bleibe immer noch der Ausweg, mit Hilfe der Verbraucher und Erzeuger gemeinsam einen vernünftigen Preis zu vereinbaren. Die Landarbeiterfrage hofft der Minister durch Verständigung und einen Kollektivarbeitsvertrag für die auf dem Lande Beschäftigten künftigen Arbeiter zu lösen, wobei vor allem auch das Koalitionsrecht gewährleistet sein müsse.

Zentrum und Reichseinheit.

Nach Abschluß des Parteitages erläßt der Vorstand des Zentrums an seine Mitglieder einen Aufruf, in dem es u. a. heißt:

Jede Gründung unserer Lage nach innen und nach außen in der Wirtschaft wie im Staate ist nur denkbar auf dem Boden der Reichseinheit. Eine starke Zentralgewalt war seit den Jahren Kellers und Windthorst's Zentrum's Programm. Aber das neue Reich bedarf anderer Darstellungsformen als das alte. Eine neue Gliederung ist Lebensnotwendigkeit. Eine zentralistische Einheitsstaat nach westlichem Muster lehnen wir entschieden ab. Nach Landmannschaften, nach wirtschaftlichen und kulturellen Gesichtspunkten ist das Reich zu gliedern. Was die Verfassung an Eigenleben den Ländern garantiert, muß ihnen bleiben. Das Zentrum war, ist und bleibt ein Hort landesmännlicher Eigenart. Auch das Reich muß sie in weiser Mäßigung und wohlverstandener eigenem Interesse schützen und entwickeln helfen. Reichseinheit und Stammesgeist sind nicht feind, sondern stützen einander.

Die Haltung der Eisenbahner.

Berlin, 28. Jan. In sozialdemokratischen Eisenbahnerkreisen ist man der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge der Ansicht, daß der Höhepunkt der politischen Eisenbahnerbewegung bereits überschritten ist. Eine größere Streikbewegung hält man in sozialdemokratischen Abgeordnetenkreisen vor allem deshalb für unwahrscheinlich, weil ein genügender Zutrom von Arbeitswilligen in die nach ihrer Schließung wieder geöffneten Werkstätten automatisch zu einer Beendigung von etwaigen Proteststreiks in den Nachbargebieten führen müßte. Die Verhandlungen mit den Gewerkschaften dauern noch an. Zu einer Beurlaubung über die Lage liegt kein Grund vor.

Wiedereröffnung der Eisenbahnwerkstätten.

Berlin, 27. Jan. Die Schließung der Eisenbahnwerkstätten hat sich ohne Zwischenfälle vollzogen, und alles spricht dafür, daß in kurzem unter den von der Verwaltung festgestellten Bedingungen die alten seit Jahren beschäftigten Arbeiter, die sich nur von den im letzten Jahre in Massen eingestellten jungen Leuten haben terrorisieren lassen, die Arbeit wieder aufnehmen werden. Die Neueinteilung beginnt in Berlin am 28. Januar. Außer dem Einverständnis mit der Affordarbeit müssen die Eintretenden das Rauchverbot in allen Werkstätten anerkennen und mit einer Arbeitervertretung einverstanden sein, die nicht über den Rahmen des Betriebsratsgesetzes hinausgeht. Der Verband deutscher Eisenbahnhandwerker und -Arbeiter hat durch die Schließung der Werkstätten im Reich und Berlin veranlaßt, seine Funktionäre zu einer außerordentlichen Tagung nach Berlin einberufen, die am nächsten Donnerstag stattfindet.

Frankfurt a. M., (W.B.) Die Eisenbahnarbeiter der geschlossenen Werkstätten in Frankfurt und Nied beschloßen heute in einer Versammlung, den Berliner Hauptvorstand des Eisenbahnerverbandes zur Entscheidung über die Bedingungen zur Einstellung anrufen. In einer zweiten Versammlung soll dann ein endgültiger Beschluß gefaßt werden.

Gesetzentwurf über eine Schlachtungsordnung.

Berlin, 27. Jan. Der Gesetzentwurf über eine Schlachtungsordnung wird, wie wir erfahren, noch im Januar

fertiggestellt werden. Er bringt eine weitgehende Ausgestaltung der Organisation der Schlichtungsbehörden und eine eingehende Regelung des Schlichtungsverfahrens. Auch schreibt der Entwurf unter bestimmten Voraussetzungen die Anrufung der Schlichtungsbehörden und sonstiger Schlichtungsstellen in zwingender Form vor und enthält weiter Bestimmungen, die für bestimmte Fälle die Sicherung der erzielten Einigung oder des Schiedsspruchs bewerkstelligen.

Die Zahl der Erwerbslosen fällt.

Die Zahl der Erwerbslosen in Berlin ist im Vergleich zum Vorjahre stark gefallen. Der Zustrom der Flüchtlinge aus dem Osten nach Berlin beträgt an manchen Tagen über hundert Familien.

Die Valutakatastrophe.

Frankfurt, 27. Jan. Die Frankfurter Börse wird heute wieder erregt. Während der Unterbrechung des amtlichen Verkehrs haben sich infolge der weiteren Entwertung der Mark (sie wurde gestern mit 6 Cents aus der Schweiz gemeldet) ansehnliche Umsätze bei steigenden Kursen in Valutawerten entwickelt. Auch Renten und gemünztes Geld ist außerordentlich gefragt. Es wurden bezahlt für 20 Mark: 440 Mark, 20 Frankfurter 360 Mark, englische Noten 300 bis 380 Mark, französische Noten 720 bis 770 Mark, Dollar 98 Mark, Leinwand 145 Mark, Goldmexikaner 615 Mark, Silbermexikaner 280 bis 290 Prozent, Silbermexikaner 380 bis 400, Missouri-Zertifikate bis 442, Deutsch-Oesterreicher 1050. Die Devisenpreise sind neuerdings sprunghaft gestiegen. Holland 3653, Schweiz 1720, Paris 760, Brüssel 750-769, London 320. Kabel Remittent 93 alles Geld.

Zürich, 27. Januar. Die internationale Valutakatastrophe geht weiter ihren Weg. Sowohl für französische, italienische, englische und insbesondere für deutsche Valuten werden von Tag zu Tag, von Stunde zu Stunde weniger bezahlt. So gilt an der heutigen Vormittagsbörse in Zürich die Mark noch 5 Cents, der Franken noch 42,25 Cents gegenüber 45 am Vortage, Vore Sterling 19,5 Franken. In Kopenhagen galt an der Mittagsbörse die deutsche Reichsmark 5,50-5,75 Dore.

Der holländische Kredit.

In einer Betrachtung der „Deutschen Allgemeinen Ztg.“ über das holländisch-deutsche Kreditabkommen heißt es: Das kleine Holland ist es, das Deutschland als erstes hilflos die Hand reicht und als erstes dem deutschen Volke ein Vertrauensvotum ausstellt. Neben diesem nicht zu unterschätzenden idealen Moment tritt weit in den Vordergrund die praktische Frage für das deutsche Wirtschaftsleben. Wesentlich und von größter Bedeutung für Deutschland ist es, daß es jedem fremden Staate oder jedem Privatmann freisteht, sich dem holländisch-deutschen Abkommen anzuschließen, so daß also eigentlich dieses Abkommen die Grundlage für einen großen internationalen Kredit an Deutschland bildet.

Eine Note über die Auslieferungen.

Paris, 28. Jan. (W.B.) Dem Sekretariat der Friedenskonferenz wurde gestern eine neue deutsche Note bezüglich der Auslieferung der Schuldigen übergeben. Die deutsche Regierung erhebt darin neue Einwände gegen die Ausführung des Artikels des Vertrages hinsichtlich der Auslieferung und stellt fest, daß die Auslieferung zweifellos wirtschaftliche und politische Störungen zur Folge hätte und daß die Bergwerke stark in ihrer Produktion beeinträchtigt würden. Zum Schluß schlägt die deutsche Regierung die Abtretung der Schuldigen in Deutschland vor unter der Kontrolle der Alliierten bezüglich des einschlägigen Prozessverfahrens wie sie es schon früher vorgeschlagen hatte.

Die Antwort der Entente an Holland in Vorbereitung.

Paris, 27. Jan. (W.B.) Der „New York Herald“ schreibt: Die holländische Note bezüglich der Auslieferung des ehemaligen Kaisers wurde in der heutigen Morgen Sitzung der Völkervereinigung besprochen. Die Vorbereitung einer Antwortnote in der neuerdings auf der Auslieferung beharrt werden soll, wurde einer juristischen Sachverständigen-Kommission, die dem französischen Ministerium des Auswärtigen anvertraut ist, übergeben. Die Antwortnote wird am Freitag fertiggestellt sein, und man erwartet, daß die Vertreter der Alliierten diese der holländischen Regierung nach der nächsten Sitzung der Völkervereinigung am Montag übermitteln wird.

London, 28. Jan. (W.B.) „Evening Standard“ schreibt: Der Rotenaustausch im Falle der Auslieferung des

Erlassers werde wahrscheinlich solange dauern, bis Holland gezwungen sein wird, mit einer kategorischen unabweisenden Weigerung zu antworten. Die einzige Möglichkeit, den Kaiser dann gleichwohl vor ein Gericht zu stellen, wäre das Contumacia-Verfahren. Das Blatt hält es für unwahrscheinlich, daß England in den aller nächsten Tagen neue Schritte unternehmen werde.

Die Abfindung der Hohenzollern.

Berlin, 27. Jan. Unter der Überschrift „Wilhelms Geburtstagsgeheimnis“ schreibt der „Vorwärts“: Zu der Pressenmeldung über die finanzielle Auseinandersetzung zwischen Preußen und Hohenzollern, deren Erledigung in den nächsten Tagen schon die Landesversammlung beschäftigen soll, hören wir, daß der Abfindungsentwurf für den früheren Kaiser unerwartet günstig ausgefallen sein soll. Man sprach von der Zuweisung einer Entschädigung durch Preußen für seinen angeblichen Privatbesitz, soweit er vom Staate übernommen wird. Einen Teil seiner zahlreichen Schlösser und seines großen landwirtschaftlichen Grundbesitzes in Preußen wird Wilhelm von Hohenzollern jedoch außerdem in seinem persönlichen Eigentum behalten, ebenso seine sämtlichen Industriellen, Obligationen, Hypotheken usw. Obendrein soll die Rente aus den Kronfidejussuratsgütern mit einer Summe von 100 Millionen abgezinst werden, die dem früheren Kaiser gleichfalls zufließt. Man sollte denken, daß nachdem Wilhelm durch seine Flucht nach Holland Königtum und Krone freiwillig abgetan hat, es eine Selbstverständlichkeit sei, daß Kronrente und Krongüter dem Staate verfallen. Jedoch dieses Vermögensfonds war es doch, für den „Landesherrn“ die Mittel zur Repräsentation aufzubringen. Dieser Repräsentationspflicht hat sich der frühere Kaiser durch seine Ausreise nach dem Ausland (Holland) aber freiwillig und auf die Dauer entzogen. Es ist deshalb nur selbstverständlich, daß ebenso wie die Kronrente und das Kronvermögen an den Freistaat Preußen entschädigungslos übergehen muß. Wenn schon das bisher über das Abkommen mitgeteilte unbegründet erscheint, so wäre es der Gipfel des Unbegreiflichen, wenn die weitere Angabe zuträfe, nach der das gesamte Privatvermögen und die oben erwähnte Hundertmillionenentschädigung für den früheren Kaiser ohne irgend welche künftige Heranziehung erfolgte und insbesondere auch von Reichsnotopfer befreit werden sollte.

Die Schlösser und Güter der Hohenzollern.

Berlin, 27. Jan. Von der mit der Ausarbeitung des Vertrages beschäftigten Stelle im preussischen Staatsministerium wird einer offiziös bedienten Korrespondenz zu dieser Abfindung mitgeteilt: „Bei der Auseinandersetzung des königlichen Hauses mit dem preussischen Staate hat die Frage der Verteilung der königlichen Schlösser, die eine sehr verwickelte Materie darstellt, eine große Rolle gespielt. Man ist zu dem Ergebnis gelangt, daß alle Schlösser und Gebäude, die nachweisbar durch Privatmittel der Krone erworben wurden, ihr zum größten Teil verbleiben sollen. Im allgemeinen werden die Schlösser usw., die aus den vorigen Jahrhunderten bis zum Tode Friedrich Wilhelms II., also bis zum Jahre 1797 stammen, vom Staate in Anspruch genommen. Dementsprechend sollen die alten Schlösser in den alten Provinzen vom Staate übernommen werden. Aus diesem Nachweis ergibt sich, daß außer dem Berliner Stadtschloß und dem Kronprinzenpalais auch Schloß Ronbijou, das Charlottenburger Schloß, das Prinzessinnenpalais, ferner das Stadtschloß in Potsdam, Schloß Sanssouci, sowie das Neue Palais in den staatlichen Besitz übernommen werden. Es verbleiben dagegen der Krone Schloß Bellevue, das Palais Kaiser Wilhelms I. und Schloß Babelsberg. Die Schlösser im Rheinland und in den neuen Provinzen (z. B. in Koblenz, Schloß Stolzenfels, in Rastatt, Wiesbaden, Hannover) würden der Krone vom Staate nur zur Benutzung übergeben. Die Schatzkammergüter, Kommodoren und Kabinen verbleiben ebenfalls der Krone. Die Kunstschätze, die die Krone den Museen überwiesen und die jetzt in das Eigentum des Staates übergeben sollen, repräsentieren einen Wert von zirka 26 Millionen Mark.“

Berlin, 27. Jan. (W.B.) Zwischen dem preussischen Staat und dem vormaligen preussischen Königshause ist ein Vergleich abgeschlossen worden. Die Entscheidung, welche Teile der Vermögensmassen dem preussischen Königshause und welche dem Staat gehören, wird auf der Grundlage des bestehenden Rechtszustandes getroffen. Organisch zusammenhängende Vermögensstücke sollen nicht nutzlos zerlegt und Werte von überwiegend künstlerischer und historischer Bedeutung sollen unverändert erhalten bleiben. Für den Staat ergibt sich die Verpflichtung, übernommene Werte künftig selbst zu unterhalten und zu pflegen. Die Aufhebung der Monarchie führt

ferner zur Aufhebung staatlicher Mittel an das Königshaus. Mit dem Fortfall derselben muß jedoch der Staat die Rechtsnachfolge der Krone antreten und die Lasten übernehmen. Ferner wurde vereinbart, daß die Kronfidejussuratsrente nicht mehr an das Königshaus weiter bezahlt wird. Ihre Einstellung erfolgt entgegen den Vermutungen mehrerer Blätter ohne Gegenleistung. Im ganzen kann nicht die Rede davon sein, daß der Vergleich für das ehemalige Königshaus besonders günstig ist.

Barbus aus der Schweiz ausgewiesen.

Berlin, 27. Jan. (W.B.) Dr. Helfand-Barbus wurde aus der Schweiz ausgewiesen.

Die Gruppensicht im besetzten Gebiet.

Köln, 24. Jan. Die Gruppensicht der Eisenbahnbeamten gegenüber den fremden Offizieren ist, wie die Eisenbahndirektion mitteilt, aufgehoben worden.

Französischer Eingriff für die Unabhängigen.

Berlin, 26. Jan. Aus Wiesbaden wird dem W.B. geschrieben: Die unabhängige sozialdemokratische Partei Wiesbadens hatte für den 20. Januar eine Versammlung einberufen, in der zu den Berliner Vorgängen vom 18. Januar Stellung genommen werden sollte. Die Versammlung wurde (von der deutschen Behörde) verboten. Die Parteileitung setzte sich daraufhin mit der französischen Behörde in Verbindung, welche die Genehmigung zu einer neuen Protestversammlung „gegen die deutsche Vorkriegsregierung“ sofort erteilte. Die unabhängige sozialdemokratische Parteileitung richtete dann an die gesamte Presse Wiesbadens ein Schreiben, in dem sie — auf Befehl der französischen Behörde — um die Aufnahme einer durchaus einseitigen Darstellung des Sachverhalts ersuchte, aus der jedenfalls soviel hervorgeht, daß die Leitung der Wiesbadener unabhängigen sozialdemokratischen Partei sich nicht geirrt hat, die Hilfe der französischen Besatzbehörden für ihre parteipolitischen Zwecke und gegen die zuständigen deutschen Behörden in Anspruch zu nehmen.

Das Arbeitsamt im Rahmen des Völkerbundes.

Carnaroon, 27. Jan. (W.B.) Wie aus London gemeldet wird, beginnt der Völkerbund heute seine praktische Arbeit. Zum ersten Male werden deutsche Delegierte an den Beratungen teilnehmen. Der Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes, welcher im Rahmen des Völkerbundes geschaffen wurde, wird zusammengetreten, um die formalen Arbeiten, die sich aus der ersten Konferenz in Washington ergeben haben, zu behandeln und zu erwägen, wie den Beschäftigten, die bezüglich des Arbeitsentwurfes, der Nacharbeit von Frauen und Kindern in Fabriken, der Arbeitslosigkeit, des Wöchnerinnenschutzes und der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren gesandt wurden, praktische Gehalt gegeben werden soll. Der Verwaltungsrat steht unter dem Vorsitz des früheren französischen Munitionministers und Sozialistenführers Albert Thomas und setzt sich aus Vertretern der Regierungen von Großbritannien, Frankreich, Belgien, Italien, Canada, Spanien, der Schweiz, Dänemark, Argentinien, Japan, Polen und Deutschland zusammen und umfaßt ferner Vertreter der Arbeitgeber von Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, der Tschechoslowakei und der Schweiz und Arbeiterdelegierte von Frankreich, Holland, Großbritannien, Schweden, Canada und Deutschland.

Die ungarische Armee.

Budapest, 27. Jan. (W.B.) Die militärischen Vertreter Ungarns haben den Bevollmächtigten der Entente erklärt, daß die für die ungarische Armee zugewandene Stärke von 35 000 Mann zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern, zum Grenzschutz gegen die Bolschewisten und zur Ausübung gegenüber den Alliierten eingegangener Verpflichtungen völlig ungenügend sei, ein Soldatenheer könne sich jedoch Ungarn nicht mit seiner gegenwärtigen Finanzlage leisten. Die Note macht Angaben über die unbedingt notwendige Truppenstärke und erklärt, daß Ungarn ebenso wenig wie früher imperialistische Tendenzen verfolge.

Das Ende eines österreichischen Panzerkreuzers.

Mailand, 27. Jan. (W.B.) Der „Corriere della Sera“ meldet aus Brindisi, daß der österreichische Panzerkreuzer „Monarca“, der während des Krieges mehrere Kreuzfahrten an die italienische Küste unternahm, im Hafen von Brindisi gesunken sei. Ueber die Ursache verläutet bisher nichts.

Schuld und Sühne.

Originalroman von Eric Chenstein.

16) (Nachdruck verboten.)
Hardy war erlebend zusammengefahren, gab sich aber fählich Mühe, seine Fassung zu bewahren.
„Ich wußte, daß es so kommen würde.“
Der Untersuchungsrichter sah ihn hart an.
„Sie erwarteten, in Haft genommen zu werden?“
„Ja. Ich bin doch auch Jurist und kann mich keiner Täuschung über meine Lage hingeben. Alles, was ich Ihnen gesagt habe, ist wahr, aber ich bin damit allein auf Treu und Glauben meiner Richter angewiesen. Unter diesen Umständen ist es wohl ihre Pflicht, sich meiner Person zu verschließen, bis der wahre Täter ermittelt ist.“
Was dies alles Romäne und entsprang das sprunghaft wechselnde, zuweilen verwirrte und gebrühte Benehmen von Hardy, das in hartem Gegensatz zu seinem sonst abgemessenen, ruhigen Auftreten stand, innerem Schuldgefühl? Oder war es nur eine natürliche Folge der Unmöglichkeit, seine Unschuld zu beweisen?

Dr. Wasmuth ging unruhig in seinem Büro auf und ab, lange nachdem der als Zeuge vorgeladene nun als Angeklagter in Haft behaltene Hardy abgeführt worden war.

Und während er sich immer wieder Punkt für Punkt von offen ausgesagter vor Augen hielt, war er ängstlich bemüht, seine Schlussfolgerungen zu ziehen.

Nur ich selbst noch keine Meinung bilden! Abwarten! Es sprach ja vieles — fast alles gegen Hardy. Aber daneben stand er selbst mit seiner Persönlichkeit, die eines gemeinen Verbrechens so unfähig schien —

Inspektor Kollmeier war anderer Meinung. Für ihn hand es von allem Anfang an fest, daß Dr. Hardy der Täter war, daß es niemand anders gewesen sein konnte.

Die Unsicherheit des Untersuchungsrichters ärgerte ihn zusehends. — Diese alberne Verantwortung Hardys, der alles auf den „großen Unbekannten“ schob, und für die Zeit der Tat kein Alibi nachweisen konnte, genügte ihm noch nicht.“

„Na, aber jetzt werden Sie doch endlich glauben, Herr Untersuchungsrichter?“ sagte er ein paar Tage später triumphierend in Wasmuths Büro eintretend. „Hier sind die Ergebnisse der daktyloskopischen Untersuchung. Hardys Fingerabdrücke und die blutigen Spuren auf dem Papier, das ich in Hardys Zimmer fand und an dem sich der Mörder offenbar die Hände reinigte. Nehmen Sie die Lupe und vergleichen Sie beide!“

Wasmuth tat es schweigend. Die Blutspuren waren von seltener Deutlichkeit. Zwei davon — Daumenabdrücke die sich am weißen Rand eines Zeitungsbogens befanden — waren so klar, daß man auch die kleinsten Nuten genau verfolgen konnte. Besonders sehr in der Vergrößerung. Daneben lagen die photographierten Abzüge von Hardys Daumenabdruck. Es konnte auch nicht der leiseste Zweifel herrschen, daß alle Bilder den Daumenabdruck derselben Person darstellten.

„Er sagt, er habe sich die Hand an dem Papier gereinigt, nachdem er beim Aufheben der Radel unversehens in das Blut am Teppich griff“, sagte der Untersuchungsrichter lachend.

„Er — sagt es!“ lachte Kollmeier stöhnend, und legte ein anderes Blatt vor den Untersuchungsrichter hin. „Sinneigierig, was er dazu sagt, wenn überhaupt noch ein Zweifel an Hardys Schuld bestehen konnte, dieses Stadttelegramm, das ich in der Tasche von Fräulein Wildenrotts Hauskleid fand, dürfte ihm zumutemachen. Sie hat es am Morgen des bewußten Sonntags erhalten, wie ihre Mutter, die den Inhalt übrigens nicht kannte, angab.“

Wasmuth las halblaut.
„Erwarte dich heute, Sonntag, zwischen 5 und 6 in Wohnung. Komme bestimmt. Wichtig. Hardy.“

Der Untersuchungsrichter hatte lange nachdenklich auf das Blatt niedergeschaut.

Danach konnte allerdings kaum noch ein Zweifel bestehen. Dennoch wehrte sich etwas in ihm gegen den Gedanken, Hardy einer so feigen, hinterlistigen Tat für fähig zu halten.

„Es wäre schrecklich“, sagte er endlich langsam, „ein junges, schönes Wesen, das man geliebt hat, dergestalt in die Falle zu locken. Wenn sie noch von selbst gekommen

wäre, ihm vielleicht eine Szene gemacht hätte, und die Tat dann im Affekt geschehen wäre! Aber so —

„Sie zweifeln noch immer?“ fragte Kollmeier ungläubig.

„Nach diesen Beweisen?“

Wasmuth blinzelte ihm voll ins Gesicht.

„Ich möchte mich wenigstens von dem Vorwurf frei halten, mir auf Grund dieser allerdings sehr ersten Verdachtsmomente gleich anfangs eine feste Meinung zu bilden. Jedenfalls scheint mir das psychologische Moment doch auch in Betracht zu ziehen nötig! Dr. Hardy ist doch gewiß kein geborener Verbrecher. Es müßte also erst ein ausreichendes Motiv festgestellt sein.“

„Das ist doch da! Er wollte heiraten, und die verlassene Geliebte drohte ihm dabei Schwereitigkeiten zu machen.“

„Befehl sie dazu die Waise? War sie wirklich seine Geliebte?“ Er leugnet es, und wir wissen bisher so gut wie nichts über seine Beziehungen zu ihr. Es scheint mir also in erster Linie notwendig, die Art seiner Beziehungen zu Fräulein Wildenrot genau festzustellen. Auch ist da noch der Mann, der ihm half, den Koffer hinabzutragen. Kommen Sie über den etwas erfahren?“

„Nein. Die Hausbesitzerin und der Rutscher sagen übereinstimmend aus, daß er den Eindruck schätlicher Eleganz machte. Frau Grangl meint, Hardy habe ihn von der Straße geholt. Ich bin der Überzeugung, der Mann war nur ein blindes Werkzeug und erfüllte lediglich die ihm gewordenen Aufträge ohne Ahnung, was sich in dem Koffer befand, den er zur Waise kassierte.“

„Warum führte er dann den Träger irre durch die Angabe, nach Berlin reisen zu wollen und ließ sich nachher nicht mehr blicken?“

„Wahrscheinlich lautete sein Auftrag so. Er mag geglaubt haben, Hardy läme noch selbst und werde sich weiter um den Koffer kümmern.“

„Das ist möglich, aber wir wissen es nicht. Jedenfalls muß der Mann gefunden werden!“

„Gut, ich werde in diesem Sinne das Möglichste tun, obwohl wir ja leider keine auch nur halbwegs brauchbaren Personendeskriptionen besitzen.“

Die Bedrohung Polens durch die Bolschewisten

Paris, 28. Jan. (W.B.) Nach der „Chicago Tribune“ hat der polnische Minister der auswärtigen Angelegenheiten Batis der Völkervereinigung einen Brief überreicht, in dem er die Aufmerksamkeit der Alliierten auf die bolschewistische Bedrohung der Polen lenkt.

Eine Bolschewistin der Sowjetregierung.

Rom, 27. Jan. Den Blättern zufolge hat der Bolschewistenführer Bombardier erklärt, die Moskauer Regierung werde demnächst mit dem Beglaubigungsschreiben eine Bolschewistin, die bekannte Sozialistenführerin Angelika Balabanow nach Italien senden. Die sozialistischen Abgeordneten betreiben eine lebhafteste Agitation für die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland.

Rolfschaf.

Wie dem „Volksanzeiger“ berichtet wird, sind nach einem Janentelegramm Rolfschaf und mehrere seiner Minister in das Gefängnis in Jeklat gebracht worden. Drei Waggons mit Silberbärten wurden von den Bolschewisten erbeutet.

Tanks gegen russische Kriegsgefangene in Frankreich.

In Frankreich befinden sich noch rund 60 000 russische Soldaten, teils Leute, die im französischen Heere kämpften, teils Kriegsgefangene aus Deutschland, die während des Waffenstillstandes in Elagh-Löhringen weilten und jetzt in Frankreich interniert sind.

Über ihr Schicksal macht die „Volkstribüne“ in Diebenkosen (Lothringen) erschütternde Angaben.

Nach fünf Monaten schlimmer Entbehrungen, Einsparungen und nach einem viertägigen Hungerstreik der Ungläublichen erhielt der Lagerkommandant einen Befehl, eine namentliche Liste sämtlicher russischer Soldaten, welche aus Deutschlands Kriegsgefangenschaft kamen, aufzustellen.

Als die Leute sich weigerten, sich in die Arme der Denzins einzufügen, wurden ihnen teilweise die Brotrationen entzogen. Auf Verlangen hin bekamen die Leute später, Brot, nachdem man Schreihäufe auf sie abgeben hatte, um sie einzuschüchtern. Später ließ man sie fortgesetzt hungern. Als sie mit ihrer Flucht drohten, wurde das Lager von Kavallerie, Infanterie und Tanks umgeben. Der Kommandant erklärte, daß, wenn ein Mann versuchen würde, auszuweichen, er das Feuer auf das ganze Lager eröffnen würde. Infolgedessen gingen die Russen schlafen und die Nacht verlief ruhig. Am nächsten Morgen beschloßen die Hungernden, sich wieder zu versammeln und ihr Recht bei der höheren Behörde zu suchen.

Der Lagerkommandant hatte nur hierauf gewartet. Mit Revolvern, automatischen Gewehren, Maschinengewehren, Kavallerie und 30 Tanks kam man den Leuten entgegen und fragte sie, was sie wollten. Sie erwiderten: „Wir haben Hunger, gebt uns zu essen.“ Als Antwort forderte man sie auf, auseinanderzugehen. Im selben Augenblick warf sich die Kavallerie auf sie, um sie zu zerstreuen. Vier wurden von den Pferden schwer verletzt. Als man sah, daß die Russen sich trotzdem nicht entfernten, ließ man die Tanks gegen sie antrollen, um ihre friedliche Absicht zu beweisen, hoden sie alle die Hände hoch.

Das half ihnen nichts, die Tanks jagten gegen die Unglücklichen, die Brot verlangten. 6 Tote und mehr als 20 Verwundete waren die Opfer dieser Heldentat des französischen Militarismus.

Die Schloßkrankheit.

Paris, 27. Jan. (W.B.) Nach Londoner Meldungen sind in den dortigen Krankenhäusern 16 Fälle von Schloßkrankheit zu verzeichnen. Die Kranken befinden sich jedoch alle in der Genesung.

Die Neutralität der Schweiz.

Paris, 27. Jan. (W.B.) Hinsichtlich der Aufrechterhaltung der schweizerischen Neutralität konnte die Völkervereinigung nach dem „Echo de Paris“ nur dem früheren Beschluß des Obersten Rates beistimmen. Der Völkervereinigung wird über die von der Schweiz vorgebrachten Vorbehalte entschieden.

Kämpfe in Indien.

Haag, 27. Jan. (W.B.) Bei der Ermüdung des Allindiankongresses an der indischen Grenze lieferten britische Truppen dem von drei Seiten vorgehenden Feind

Vera von Troll hatte ihren Vater von der Bahnstation abgeholt, als er nach dreitägigem Stadtaufenthalt wieder nach Wolfersbagen kam. Obwohl ihr bis dahin überaus herzliches Verhältnis zum Vater seit dessen letztem Hiersein getrübt war — denn der Obergerichtsrat konnte ihr den Glauben an Hardys Unschuld so wenig vergeihen, wie sie ihm seine Ueberzeugung von dessen Schuld — so drängte es Vera doch, ihn schon an der Station zu erwarten, um früher Nachrichten über die Angelegenheit ihres Verlobten zu erfahren.

Leider waren diese Nachrichten anders als sie erwartet hatte.

„Alles scheint sich gegen Hardy verschworen zu haben.“ sagte sie eine halbe Stunde später kleinlaut zu ihrer Tante, die matt in deren Arbeitsstuhl am Fenster saß.

„Sie haben ihn gleich nach seiner Ankunft verhaftet und irgend eine Kriminalinspektion, der natürlich auf seine Schuld schwört, hat allerlei ausfindig gemacht, was Hardys Täterschaft beweisen soll.“

„Unfinn!“ brüllte von Troll, die seit Hardys Abreise beständig in kriegerischer Stimmung war und schon ebenso ungeduldig auf die neuen Nachrichten gewartet hatte, fuhr vor sich herum. „Das wirst du doch nicht glauben?“

„Ja, Tante? Ja, die ich meine Hände für seine Unschuld ins Feuer legen würde! Aber die andern?“

„Na, also! Dann laß sie doch reden und Beweise zusammentragen!“

„Du hast gut reden, Tante Renate. Papa und Mama sind ebenso festensich von seiner Schuld überzeugt, wie wir von seiner Unschuld, und ich hatte deshalb eben jetzt wieder eine heftige Auseinandersetzung mit Papa.“

„Die hättest du dir sparen können, denn deinen Vater werden nur Tatsachen eines Besseren belehren. Er ist —“

„Ja, das sagst alles! Es gehört zu seinem Geschäft, schwarz zu sehen und eigentlich allen Menschen Schlechtes anzutragen. Und gar, wenn erst wirklich ein Verbrechen geschehen ist, dann wirkt das wie das rote Tuch auf den Stier. Sie sehen und hören nichts anderes mehr und können immer nur blind drauf los. Also darüber erregt mich nicht im mindesten.“

„Aber daß Mama, die Bertie so gut war, nun so im Sandumdröhen —“

(Fortsetzung folgt.)

eine erbitterte Schlacht. Die britischen Truppen hatten schwere Verluste, doch hatten sie dem Feinde gleichfalls eine empfindliche Schlappe bei.

Lokaler und vermischter Teil.

Limburg, 29. Januar 1920

Der erste Transport aus französischer Kriegsgefangenschaft soll heute vormittag zwischen 11 und 12 Uhr hier eintreffen.

Die Ortsgruppe Limburg des Zentralverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebenen sah am 9. Januar 1920 auf das erste Jahr ihres Bestehens zurück. Dem Geschäftsbericht entnehmen wir u. a. an erzielten Erfolgen: Gewinnung eines juristischen Beirats (Rechtsanwalt Vertram); Beschaffung eines Vertrauensarztes (Dr. med. Halbesaner); Vertretung dreier Mitglieder in die Kreisfürsorge; Aufhebung der unzulänglichen Städte-Hinterbliebenenfürsorge; Sammlung zum Besten der bedürftigen aus Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Limburger am 10. August 1919 mit einem Reinergebnis von 5346,60 Mark; vorläufige Instandsetzung des verwahrlosten städtischen Ehrenfriedhofs; Gewährung eines Zuschusses von 5000 Mark seitens der Stadt für bedürftige ortsansässige Heimkehrer; Zuteilung von Lebensmittelzugaben an Schwerkrriegsbeschädigte (über 50 Prozent Erwerbsunfähigkeit); Schaffung eines Ausschusses für Siedlungszwecke; Sammlung zum Besten einer Weihnachtsbescherung für bedürftige Kriegshinterbliebene, Kriegseltern und deren Kinder mit einem Barergebnis von 3498,60 Mark, außer zahlreichen praktischen Geschenkartikeln, die von Freunden und Wohltätern der Ortsgruppe für diesen Zweck zur Verfügung gestellt wurden; Belieferung der Mitglieder mit Braunkohlen; Vertretung zweier Mitglieder in den Beirat der Hauptfürsorge im Regierungsbezirk Wiesbaden und des Kameraden Joh. Holl in den Senat des Reichsmilitärversorgungsgeschäfts in Berlin. Die laut Ortsstatut alljährlich durch Los auszufallende Hälfte der Vorstandsmittelglieder wurde durch Neuwahl ergänzt. An Stelle der aus dem Vorstand auscheidenden Mitglieder Kameraden Vertram (2. Vors.), Hermann (1. Kassierer), Holl (Beisitzer) wurden mit Stimmenmehrheit gewählt: Kamerad Burggraf als 2. Vors., Herz als 1. Kassierer, Rohrer als Beisitzer. Wiedergewählt wurde der bisherige 2. Schriftführer Haber und Frau Bonengel (Beisitzerin), während noch eine zweite Hinterbliebene, Frau Freund, als Beisitzerin in den Vorstand hinzugewählt wurde. Angesichts des in der Entwicklungsperiode der Ortsgruppe Erreichten zeigt es sich immer mehr, wie notwendig für die Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen Limburgs eine derartige gemeinsame Interessenvertretung war. Daß die Wirksamkeit dieser Interessenvertretung auch künftig eine erfolgskrone sei, dazu bedarf es rührender und tatkräftiger Verbe- und Mitarbeit aller Mitglieder ohne Ausnahme. Die Erfolge des ersten Geschäftsjahres lassen ja deutlich erkennen, wie lohnend solche Zusammenarbeit ist und ohne die es keine Besserstellung der durch die körperlichen und geistigen Beschädigungen gegebenen wirtschaftlichen Lage der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen geben wird.

„Das Schwarzwaldmädchen“. Der bekannte Operettenkomponist in drei Akten „Das Schwarzwaldmädchen“, Musik von J. J. J. J., gelangt am kommenden Sonntag, den 1. Februar, abends halb 8 Uhr, durch das Sueddeutsche Operettenensemble, welches mit seinen ausgezeichneten Gastspielvorstellungen „Cordasfürstin“ und „Hedermäus“ sich bei unserem kunstliebenden Publikum bestens eingeführt hat, in der Turnhalle zur Aufführung. Die reizende Operette mit ihrer humorvollen Handlung und der prächtigen Musik wird wie überall auch bei uns ihre große Anziehungskraft ausstrahlen. Die musikalische Leitung liegt bei Herrn Kapellmeister Walder in guten Händen, während die Tänze von der Balletmeisterin Ellen Böhmert in München eingeübt sind. (Näheres siehe Anzeige.)

Elz, 27. Jan. Auf der im hiesigen Gemeindeveld auf der jogen. kleinen Seite gelegenen Eisenerzgrube Selinde der Gewerkschaft Fr. Jöller von Köln, welche vor etwa 10 Jahren in Betrieb war und damals wegen Unwirtschaftlichkeit einging, wurde der Betrieb Anfang des Jahres wieder aufgenommen und seither eine Belegschaft von 20–30 Mann beschäftigt. Der Stand der Schächte weist schöne, abbaufähige Lager mit meistens sehr hochhaltigen Eisenerzen auf. Mit Wasser hat die Belegschaft wenig zu kämpfen. Der gewonnene, in der Jetztzeit so kostbare Eisenerz wird per Kähle an den hiesigen Bahnhof zum Verladen gebracht. In nächster Nähe der genannten Grube auf dem Felde will demnächst eine eben falls auswärtige Firma, welche seit etwa 60 Jahren dorten Verleihung hat, den Betrieb wieder aufnehmen, sobald der Bergbau, der ehemals in den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts so in Blüte stand, daß bis zu 500 Mann beschäftigt wurden, wieder aufleben dürfte.

Söckel, 26. Jan. Deutsche Flüchtlinge dem Feind verraten. Ein Vorgang, der geradezu ungläublich klingt, trug sich, wie die „Frankf. Nachr.“ mitteilen, am vergangenen Freitag in Söckel zu. Dort erkrankten sich acht deutsche Soldaten, darunter der aus Frankfurt stammende Leutnant Rumm von Schwarzenstein, die aus französischer Gefangenschaft geflohen waren, bei dem Schuhmann Nr. 8, wo sie wohl am besten durch die Sperre ins unbesetzte Gebiet kämen, wobei sie von der Tatkraft ihrer Flucht kein Hehl machten. Der Beamte ersuchte sie, sie sollten sich etwas gedulden, er werde ihnen weiße Armbinden besorgen und dann könnten sie wohl ungehindert durchkommen. Aber wer beschrieb das Erscheinen der Flüchtlinge, als der Schuhmann mit einer Anzahl französischer Soldaten erschien und die acht Mann für verhaftet erklärte. Rumm der Leutnant, darunter der Offizier, wurden sofort nach Frankfurt zurückertransportiert, während drei in ein Mainzer Krankenhaus gebracht wurden, wo es ihnen gelang, zu entfliehen, so daß sie am Sonntag glücklich Frankfurt erreichten. Kommentar überflüssig.

Frankfurt, 27. Jan. (458 000 Einwohner) Die Bevölkerungszahl für den Stadtkreis Frankfurt a. M. war nach den Feststellungen des Statistischen Amtes unter Berücksichtigung der seit der letzten Volkszählung erfolgten Geburten und Abzüge, sowie des entsprechenden Ueberschusses der Geburten über die Sterbefälle am 1. Januar 1920 mit rund 458 000 Personen anzunehmen. Ein Vergleich mit den Vorjahreszahlen ergibt: 1. Januar 1914: 445 000, 1. Januar 1913: 435 600, 1. Januar 1912: 423 600, 1. Januar 1911: 414 800, 1. Januar 1910: 372 000 (in diesem Jahre wurden 11 Bezirke eingemeindet), 1. Januar 1905: 320 000.

— Stetisch, 27. Jan. (Die Kinder vergiftet) Unter dem dringenden Verdacht, ihre beiden Kinder, die kurz hintereinander gestorben sind, durch Gift getötet zu haben, wurde eine hiesige Frau festgenommen.

Gerihtsjaal.

Schöffengerichtsitzung vom 26. Jan. Der Schneidergeselle Johann B. von D. war beschuldigt, im Dezember 1919 sich einen Vermögensvorteil dadurch verschafft und das Vermögen des Militärfiskus geschädigt zu haben, indem er sich als Heimkehrer unter falschem Namen ausgab, so daß er Verpflegung und Bekleidung erhielt und die Behörde dazu veranlaßt, daß eine falsche Urkunde aufgenommen wurde, indem er bei seiner Einlieferung ins Gefängnis und bei seiner Vernehmung sich als Johann Schmidt ausgab. Er wurde am 4. Dezember vor. Jahres festgenommen und befindet sich seit dieser Zeit in Untersuchung. Er hat sich heute wegen Betrugs- und Urkundenfälschung zu verantworten, ist auch geständig und das Gericht erkennt gegen ihn auf sechs Wochen Gefängnis, die durch die erlittene Untersuchungshaft als verbüßt gilt. Der Angeklagte wurde deshalb auf freien Fuß gesetzt. — Der Schmied Karl L. von Wensel. soll am 14. April 1919 mit noch neun anderen Strafgefangenen hier im Gefängnis einen Ausbruchversuch geplant und dazu ein Loch in die Wand gebrochen bzw. die Wand beschädigt haben. Er will von der Sache nichts wissen, wird aber doch der Tat ziemlich überführt. Das Gericht erkannte deshalb gegen ihn auf 20 Mark Geldstrafe und Tragung der Kosten.

Amlicher Teil.

(Nr. 21 vom 29. Januar 1920.)

An die Herren Bürgermeister

in deren Gemeinden Fortbildungsschulen bestehen.

Die Firma B. G. Teubner in Leipzig, Poststraße 3, hat mit ein Verzeichnis der in ihrem Verlage erscheinenden Unterrichtswerke für ländliche und ländlich-gewerbliche Fortbildungsschulen überreicht. Das Verzeichnis kann im hiesigen Büro (Zimmer 4) eingesehen, aber auch direkt von der Firma Teubner bezogen werden. Diese ist gern bereit, von den für die Hand der Schüler geeigneten Lehrmitteln Prüfungssätze zur Verfügung zu stellen.

Ich ersuche, die Väter der ländlichen und ländlich-gewerblichen Fortbildungsschulen entsprechend zu verständigen. Limburg, den 27. Januar 1920.

Der Landrat.

An die Herren Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises.

Bevor Sie die öffentlichen Blätter einbinden lassen, wollen Sie ihre Vollständigkeit prüfen und die etwa fehlenden Blätter klebend beschaffen. Für die Vollständigkeit der Blätter sind Sie verantwortlich.

Bei dem Reichs-Gesetzblatt, der Gesammmlung und dem Reg.-Amtsbl. darf das Register nicht fehlen; für letzteres Blatt ist das Register bei der Post besonders zu bestellen u. zu bezahlen. Nach Anzeige der Amtsblattredaktion hat eine große Zahl von Gemeinden das alphabetische Sach- und Namenregister zum Regierungsamtsblatt selber aber nicht bezogen. Da das Fehlen des Inhaltsverzeichnis das Auffinden von Bestimmungen pp. erheblich erschwert und so die praktische Benutzbarkeit des Amtsblattes beeinträchtigt, ist die Beschaffung des Sachregisters jedoch unbedingt erforderlich.

Stünde der von ihnen zu haltenden, an bestimmten Tagen erscheinenden Blätter sind, sobald sie ausbleiben, sofort bei der Post einzufordern, während die Reklamationen wegen der in nicht regelmäßigen Fristen herauskommenden Blätter längstens bis zum Eintreffen der nächsten Nummer zu erfolgen haben.

Bis zum 1. März 1920 erwarte ich Anzeige, daß die öffentlichen Blätter vollständig und mit Sachregister versehen sind.

Limburg, den 23. Januar 1920.

Der Landrat.

Lehrer und Lehrerinnen des Kreises und des Flaschenhalses!

Samstag, den 31. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr
Versammlung
im „Schüßengarten“, Limburg.

Tagesordnung:

1. Liste zur Lehrerammernwahl.
2. Fortbildungsschule.
3. Wirtschaftsbeihilfe.

5/21

Der Kreislehrerrat.

(Schluß des amtlichen Teils.)

Kohlen.

Die Familien, deren Zimmer im Hochwasser gestanden haben, sind polizeilich ermittelt. Dieselben erhalten je 5 Zentner Braunkohlen, welche am Freitag nachmittags 1–4 1/2 Uhr im Hofe des Rathauses abgeholt werden können. Bisherige Anmeldung und Zahlung auf Zimmer 4. Besitzer von Pferdebesitzern sind ausgeschlossen.

Limburg, den 28. Januar 1920.

14/21

Die Ortskohlenstelle.

Chiffreanzeigen betr. Verkäufe.

Das neue Umsatzsteuergesetz verpflichtet die Zeitungen bei Androhung hoher Geldstrafen, Chiffreanzeigen über Verkaufsangebote von Gegenständen, die der erhöhten Umsatzsteuer unterliegen (also aller Luxusgegenstände) nur nach zur Veröffentlichung unter Chiffre anzunehmen, wenn der Besteller der Zeitung seine genaue Adresse, Name, Stand, Wohnort und Straßennr. mitteilt. Die Zeitungen sind verpflichtet, jede solche öffentliche Chiffreanzeige der zuständigen Steuerstelle mit der Adresse des Bestellers sofort zu übermitteln. Das hat den Zweck, daß von dem erfolgten Verkauf die Luxussteuer beim Verkäufer angefordert werden kann. Diese Steuer beträgt 15%. Die Verkäufer können bei der Festlegung des Verkaufspreises hierauf Rücksicht nehmen.

Limburger Anzeiger.

Für die zahlreichen freundschaftlichen
Aufmerksamkeiten, welche uns bei un-
serer HOCHZEIT erwiesen wurden,
sagen wir unseren

herzlichsten Dank.

Hamburg, Januar 1920.

Biederstrasse 16.

Theodor Staehle und Frau Annemie

9/21

geb. Bansa.

Gemüse-Verkauf.

Am Freitag den 30. Januar 1920, nachmittags von
2—4 Uhr Verkauf von Gemüse: oberird. Kohlrabi per Pfd.
20 Pfg., Sellerie per Pfd. 25 Pfg., Lauch per Pfd. 20 Pfg.
und Winterfenchel per Pfd. 50 Pfg.
Verkaufsstelle im Hospitalhof. 13/21

Städt. Lebensmittelamt.

Schmiede-Zwangssinnung im Kreise Limburg.

Donnerstag, den 5. Februar 1920, nachmit-
tags 3 Uhr findet im Rathause Zimmer Nr. 13 die
konstituierende Versammlung der Zwangssinnung für das Schmiede-
handwerk statt, zu welcher alle Schmiede des Kreises
Limburg, welche das Handwerk selbständig be-
treiben, eingeladen werden.

Limburg, den 29. Januar 1920.

11/21

Der Magistrat.

Metzger-Zwangssinnung im Kreise Limburg.

Dienstag, den 3. Februar 1920, nachmittags
3 Uhr findet im Rathause, Zimmer Nr. 13 die
konstituierende Versammlung der Zwangssinnung für das
Metzger-Handwerk im Bezirke des Kreises Limburg statt, zu
welcher alle Metzger des Kreises Limburg, welche
das Handwerk selbständig betreiben, eingeladen
werden.

Limburg, den 29. Januar 1920.

11/21

Der Magistrat.

Verdingung.

Die Lieferung folgender Straßenbaumstoffe soll öffentlich
vergeben werden:

Lieferung frei Bahnhof Montabaur 235 cbm Kleinschlag,	
Selters 480 "	
Kansbach 456 "	und
Siershahn 57 "	28 cbm Splitt,
	Kleinschlag und
	6 cbm Splitt,
Siershahn	
(Bahnhofsluß Mogendorf) 120 "	Kleinschlag und
	10 cbm Splitt,
Würges 60 "	Kleinschlag,
Moschheim 36 "	
Riederah 71 "	
Hadamar 298 "	oder
	268 cbm Kroten,
Niederzeugheim 114 cbm Kleinschlag.	

Der Kleinschlag muß eine Korngröße von nicht über 3
und nicht unter 3,5 cm, der Splitt eine solche von 1,5 bis
2,0 cm haben.

Desgl. soll die Ausruf dieser Baumstoffe von den Bahnhöfen
vergeben werden. Nähere Auskunft erteilen die Wegemeistereien,
bei denen auch die Bedingungen zu erfahren und Angebots-
bordeute zum Preise von 20 Pfg. für jede Lieferungsstrecke
zu erhalten sind.

Angebote müssen verschlossen und postfrei mit der Auf-
schrift „Angebot auf Steinlieferung (bez. Ausruf)“ bis zu
der am 12. Februar, vormittags 10 Uhr auf dem
Landesbanamt Montabaur stattfindenden öffentlichen Verding-
ung eingegangen sein. 2/21

Landesbanamt Montabaur.

Auf Grund der §§ 2, 3 und 5 der Fernspreckgebühren-
Ordnung vom 20. Dezember 1899 (Reichsgesetzbl. S. 711)
und des Gesetzes, betreffend Telegraphen- und Fernspreck-
gebühren vom 8. September 1919 (Reichsgesetzblatt S. 1522)
wird folgendes bekannt gemacht:

Für jeden Anschluß an das Fernsprecknetz in Dauborn
der von der Vermittlungsstelle, an die er geführt wird, nicht
weiter als 5 km entfernt ist, beträgt vom 1. April 1920 an

- A. die Pauschgebühr 200 M.
B. wenn an deren Stelle die Grundgebühr
und Gesprächsgebühren gezahlt werden, 120 M.
1. die Grundgebühr. 40 M.
2. die Gesprächsgebühr 10 Pfennig, min-
destens jährlich.

Die Teilnehmer, welche anstelle der Pauschgebühr die Grund-
und Gesprächsgebühr zahlen wollen, müssen dies dem Postamt
in Dauborn bis Ende Februar schriftlich mitteilen. Sie
erhalten alsdann zum 1. April andere Anschlußnummern.

Teilnehmer, welche z. Bt. die Pauschgebühr von 160 M.
zahlen, können ihre Anschlüsse zum 1. April kündigen. Die
Kündigung ist bis Ende Februar 1920 schriftlich an das
Postamt in Dauborn zu richten. 3/21

Frankfurt (Main), den 21. Januar 1920.

Ober-Postdirektion.

Visitkarten

werden sauber angefertigt in der
Druckerei des Kreisblattes.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Be-
erdigung unseres lieben, treusorgenden, unvergesslichen Vaters,
Schwiegervaters und Grossvaters, Herrn

Bürgermeisters a. D.

Karl August Bodenheimer

sagen wir hiermit auf diesem Wege allen unsern herzlichsten
Dank.

Die trauernde Familie

Heinrich Bodenheimer.

Berghausen, den 28. Januar 1920.

7/21

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme während der
Krankheit sowie bei dem Hinscheiden und für die Kranzspenden
unseres nun in Gott ruhenden lieben Vaters, Schwiegersvaters und
Grossvaters

Herrn Johann Belzer

sagen wir hiermit unsern tiefinnigstgefühlten Dank.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Frau Barbara Belzer Ww. und Kinder.

Limburg, den 28. Januar 1920.

8/21

Freiwillige Versteigerung.

Freitag den 30. Januar cr., nachmittags 3
Uhr versteigere ich in der Wirtschaft „Zum Lahnca“
Unt. Grabenstraße, meistbietend gegen bar:

2 kompl. Betten, 1 zweifür. Kleiderichrant, 1 Wasch-
kommode, 1 Vertikow, 2 Tische, 8 Stühle, 1 Küchen-
schrank und sonstige Hausgeräte.

Die Versteigerung findet bestimmt statt. Besichtigung der
Sachen eine Stunde vor Beginn der Versteigerung.

4/21

Bäffe, Gerichtsvollzieher.

Holzversteigerung.

Samstag, den 31. Januar 1920
nachmittags 2 Uhr

kommen im hiesigen Gemeindevwald

47 Eichenstämme von 60 Fhm.

zur Versteigerung.

2/19

Dehrn, den 27. Januar 1920.

Der Bürgermeister:
Bausch

Bezirksvertretung

zum Vertrieb glänzender Neuheiten wird vergeben. Bedarfs-
artikel, die von jedermann gekauft werden. Melame erledigt
Stammhaus. Persönliche Zuschüsse werden gewährt. Jede
Einnahme garantiert. 10/21

Intelligente Herren mit Organisations-talent und M. 3000
Betriebskapital wenden sich an General-Vertreter

Hans Hehle, Frankfurt a. Main,
Merianplatz 4.

Töchterchule C. V.

Anmeldungen

für das neue Schuljahr werden Montags, Dienstags,
Donnerstags von 12 bis 1 Uhr im Schulhaus Bart-
straße 11—13 angenommen. Geburts- und Taufschein und
letztes Schulzeugnis sind mitzubringen. 6/21

Feldhüter-Anzeigebücher

mit Dienstplanweisung.

Feldhüter-Anzeigeformulare

nach amtlicher Vorschrift

zu haben in der

Kreisblatt-Druckerei.

Dezimal- Wage,

50 Pfd. wiegend, noch gut
erhalten, zu verkaufen.
Wo, sagt die Expd.

Ein jüngeres
Dienstmädchen
für kleinen Haushalt gesucht.
Frankfurterstr. 4.

Billige, kräftige
Leiterwagen.

Gr. Rosenbauer.

Ein Breakwagen
zu verkaufen. 1/21
Wünz & Brühl,
Limburg, Telefon 31.

Arbeitsbücher
zu haben in der
Kreisblatt-Druckerei.

Handwerker
Gewerbetreibende
erhalten Auskunft, Rat und Hilfe
in allen Angelegenheiten:
Wirtschaftsfragen
Kontostellbesetzung
Fechliche Beratung
Steuersachen
Rechtsfragen
Technisches Rat
Forderungen
Buchführung
durch die Geschäftsstelle
des Kreisverbandes
für Handwerk und
Gewerbe
Limburg a. d. Lahn
im Schloss Farnd 308

Turnhalle Limburg.

Sonntag, 1. Febr. 1920, abends 7,8 Uhr

Einmaliges Gastspiel

des Süddeutschen Operettentheaters.

Der erfolgreichste Schlager der deutschen Operettenbühne!
In Berlin an der Komischen Oper über 500 mal aufgeführt.
Nur einmalige Aufführung!

Das Schwarzwaldmüdel.

Grosse Operette in 3 Akten von Leon Jessel.
Nach der Aufführung der Komischen Oper in Berlin ein-
geführt von Direktor Gustav Charle.
Musikalische Leitung: Herr Kapellmeister Franz Walden.
Die Tänze sind einstudiert von der Ballettmeisterin
Ellen Böhmer-München.

Preise der Plätze im Vorverkauf:

Sprengitz (numeriert) Mk. 5.00. II. Platz 3.50. Gallerie 2.00.

An der Abend-Kasse Mk. 1.00 Aufschlag.

Vorverkauf: Buchhandlung Herz und Sonntags
in der Turnhalle.

14/21 Kassenöffnung 7,7 Uhr.

Karl Kessler,
Samenhandlung, Limburg (Lahn)

Gartensämereien

in bekannter guter Qualität eingetroffen. 4/16

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Sämtliche Bürstenwaren

in Ia. Friedensqualität, sowie

Kotosbejen, Kotosmatten, Koto-
haarbejen, Sandfeger,
Ia. Schenertücher, Fensterleder,
Raffiabast billigst

en gros J. Schupp, Seilerei. en detail.

Limburg, Frankfurterstr. 15.

— Fernruf 277. —

7/2

Lehrverträge zu haben in der
Kreisblatt-Druckerei.